

Omar pocht auf sein Recht

**Wie sich von Ausbeutung Betroffene zur Wehr setzen können:
Der Verein UNDOK berät und begleitet Menschen, die in Österreich
undokumentiert arbeiten. Denn auch für sie gilt das Arbeitsrecht.**

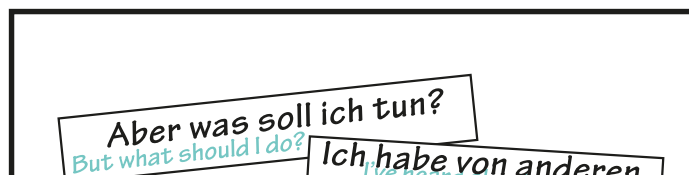
TEXT EDGAR SUBAK

Endlich! Omar bekommt einen positiven Asylbescheid. Bis dahin hat er in Österreich undokumentiert gearbeitet, also ohne Papiere, in einem Schlachthof. Omar heißt in Wirklichkeit anders. Er hofft, dass sich seine Situation nun verbessern wird. Doch auch nach seiner offiziellen Anmeldung bei der Sozialversicherung muss er oft länger arbeiten als vereinbart. Mehr Lohn bekommt er auch nicht. Als er nach einem schweren Arbeitsunfall von seinem Arbeitgeber gezwungen wird, weiterzuarbeiten, wird ihm klar: So kann es nicht weitergehen. Zuerst wendet Omar sich an die Arbeiterkammer. Schließlich kommt er zu UNDOK, der Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentierter Arbeitender. Mit ihrer Hilfe bekommt er einen Teil seines ausstehenden Lohns ausbezahlt.

Teil der Gewerkschaft

Omar ist einer der vielen Menschen, die der gemeinnützige Verein UNDOK in den vergangenen Jahren beim Einfordern ihrer Rechte begleitete. UNDOK berät Menschen ohne EU-Pass, die keinen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben und doch hier arbeiten (müssen). In informellen Arbeitsbeziehungen werden sie oft von ihren Arbeitgeber:innen ausgebeutet. Häufig sind die Betroffenen Asylwerber:innen oder Studierende aus Drittstaaten, also aus Ländern, die nicht der EU bzw. dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) angehören.

Ausschnitt aus dem Comic „Hallo Kollege – alles OK?“ von Happy Akegbeleye, Petja Dimitrova und Sandra Stern.



Das von Katarzyna Winiecka geleitete Team besteht aus fünf Mitarbeiterinnen. UNDOK bietet juristische Beratung, betreibt Öffentlichkeitsarbeit und widmet sich der aufsuchenden Arbeit, bei der Kontakt zu Communitys oder anderen Beratungseinrichtungen aufgebaut wird, in denen sich potenziell ausgebeutete Menschen bewegen. Der Sitz der NGO ist in der Zentrale des ÖGB im zweiten Wiener Gemeindebezirk. Finanziert wird sie vom Arbeits- und Sozialministerium, auch AK und Teilgewerkschaften beteiligen sich.

Immer montags und mittwochs können Betroffene in die offene und Dolmetsch-gestützte Beratung kommen und auch anonym ihre Situation schildern. 2024 haben rund 200 Personen das Angebot entweder persönlich, schriftlich oder telefonisch genutzt. Die Menschen kommen mit den unterschiedlichsten Herausforderungen: Neben ausbleibendem oder viel zu niedrigem Lohn können es fehlende Schutzstandards sein, Scheinselbstständigkeit oder Drohungen von Arbeitgeber:innen. Betroffene wissen oft nicht ausreichend über ihre Rechte Bescheid, was Arbeitgeber:innen ausnutzen. Fest steht: Arbeiten ohne Papiere bedeutet nicht, dass das Arbeitsrecht nicht gilt.

Für UNDOK ist die oberste Priorität, Klient:innen Orientierung zu geben und sich für den rechtlichen Schutz dieser vulnerablen Personengruppe einzusetzen. Seit der Gründung 2014 lautet eine zentrale Forderung: Undokumentiert Arbeitende sollen während eines arbeits- oder sozialrechtlichen Verfahrens einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen. Seit 2018 wird sie auch vom ÖGB mitgetragen.

Das Selbstverständnis vieler Gewerkschaften umfasste ursprünglich die Vertretung regulär Beschäftigter sowie das Herstellen von Mindeststandards in Bezug auf Arbeitsbedingungen. Dabei hat die Organisation von Menschen ohne (ausreichende) Papiere bereits eine lange Geschichte. Inspiriert wurde die UNDOK-Gründung von den US-amerikanischen „Worker Centers“, die in den 1970er- und 1980er-Jahren entstanden sind, erklärt Politologe Michel Jungwirth von der Universität Bayreuth, der sich in seiner Masterarbeit mit UNDOK befasste. Prekär beschäftigte Arbeiter:innen aus dem Niedriglohnbereich, die von den Gewerkschaften nicht aufgefangen wurden, organisierten in den USA niedrigschwellige Beratungen. Zielgruppe waren auch damals meistens Migrant:innen. Diese „Arbeiter:innenzentren“ unterstützten Betroffene nicht nur beim Eintreten für ihre Arbeitsrechte, sondern auch im Kampf um gesellschaftliche Teilhabe und Einbürgerung. Sie verstanden sich als aktivistisches Sprachrohr.

Aktivist:innen waren auch bei der Gründung von UNDOK wesentlich beteiligt. Begonnen hat alles mit einem Arbeitskreis aus Gewerkschaftsvertreter:innen und Aktivist:innen, der sich mit dem Thema der undokumentierten Arbeit beschäftigte und 2014 in die Gründung des Vereins und damit der UNDOK-Anlaufstelle mündete.

In der Geschichte der Arbeitnehmer:innenvertretung waren Gewerkschaften migrantischen Arbeitskräften gegenüber nicht

immer aufgeschlossen. Dass diese oft im Niedriglohnbereich prekär und undokumentiert arbeiten, wurde lange nicht ausreichend beachtet. „Migration und Gewerkschaften verbindet eine lange, ambivalente Geschichte. Die Einbindung migrantischer Beschäftigter in Gewerkschaften war erfolgreicher als ihr gewerkschaftlicher Schutz vor Ausbeutung und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft“, sagt UNDOK-Geschäftsleiterin Winiecka. „Als kleine NGO in breiter Allianz ziehen wir heute mit dem ÖGB, der AK und einzelnen Teilgewerkschaften an einem Strang. Diese und viele weitere Akteur:innen sind Teil des UNDOK-Verbands.“

Gegen Lohn- und Sozialdumping

Ausbeutung habe nicht nur für Betroffene weitreichende Folgen, sie wirke sich auch auf die Allgemeinheit aus, betont Winiecka. Durch nicht bezahlte Steuern und Sozialversicherungsabgaben gehen dem Staat Einnahmen verloren, nach Schätzungen der AK in Milliardenhöhe.

Auf die Frage, wie man auf Betroffene aufmerksam werden könne, sagt Winiecka: „Schaut genauer hin! Wenn ihr Leiharbeiter:innen oder Beschäftigte aus Subunternehmen an eure Seite gestellt bekommt, geht auf sie zu. Wenn etwa Reinigungskräfte oder Lieferant:innen isoliert arbeiten, sucht den Kontakt, fragt, wie es ihnen geht, bietet Unterstützung an.“ Das könne auch bedeuten, Betroffene an UNDOK zu vermitteln. Dort kann ihnen in einem geschützten Umfeld eine erste Beratung oder auch präventive Information geboten werden.

Informieren steht neben individueller Beratung an erster Stelle, in unterschiedlicher Form: Zum zehnjährigen Bestehen im Jahr 2024 stellte UNDOK etwa im Foyer der ÖGB-Zentrale die Geschichte der Organisation undokumentiert Arbeitender im Comic-Format aus. Auf YouTube und der Website (www.undok.at) teilt man Infos in diversen Sprachen. Auch einen Arbeitszeitkalender stellt die NGO zur Verfügung, mit dem Arbeitsstunden dokumentiert und später als Beweismittel verwendet werden können. Denn nach einer außergerichtlichen Einforderung offener Lohnansprüche kommt es regelmäßig vor, dass Arbeitgeber:innen behaupten, die Person hätte nie für sie gearbeitet.

„Jeder erfolgreiche Einzelfall ist wichtig“, betont Winiecka abschließend. Doch die Hürden bei der Durchsetzung von Arbeitsrechten für Betroffene seien hoch, es brauche auch gesetzliche Maßnahmen, „um Schutz und Gerechtigkeit für alle Arbeitnehmer:innen sicherzustellen“. ▀

& INFO

Dieser Artikel ist aus einer gemeinsamen Recherche mit dem Südwind-Magazin entstanden. Mehr über die Arbeit von UNDOK lesen Sie hier: suedwind-magazin.at.